

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16252
Montag, 21. März 2022

EU-Agrarrat: Köstinger plädierte für Nutzung von Brachen und EU-Eiweißstrategie	1
Bauernvertretung vorerst unzufrieden mit Entlastungspaket der Regierung	2
Solidarität zur europäischen Lebensmittelsicherheit gefordert	3
Pflanzenschutz-Warndienst bringt 2022 wieder Entscheidungshilfen für Landwirte	3
Köstinger: "Staatspreis Wald" zeichnet innovative Waldbewirtschaftung aus	4
Bauernbund fordert Paket zur Lebensmittelversorgung	5
Agrarpolitiker: Entlastungspaket zielt an Landwirtschaft vorbei	5
Geflügelwirtschaft warnt vor drohender Unterversorgung bei Eiern	7
LK ÖÖ: Eierversorgung bis Ostern sichergestellt	9
Neumann-Hartberger: Hauswirtschaftliche Fähigkeiten tragen zu Nachhaltigkeitszielen bei	10
proPellets Austria: Versorgung mit Pellets ist gesichert - Preise stabilisieren sich	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Agrarrat: Köstinger plädierte für Nutzung von Brachen und EU-Eiweißstrategie

9.000 ha könnten in Österreich zusätzlich in Produktion genommen werden

Brüssel, 21. März 2022 (aiz.info). - Die EU-Landwirtschaftsminister haben sich heute erneut über die aktuelle Situation auf dem EU-Agrar- und Lebensmittelmarkt nach der Invasion Russlands in die Ukraine ausgetauscht. Die Diskussion konzentrierte sich auf das vorgelegte EU-Maßnahmenpaket zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit sowohl auf unmittelbare als auch auf längerfristige Sicht. Neben der Ausnahmeregelung zur Nutzung von Brachflächen sprach sich Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** vor allem für eine EU-Eiweißstrategie aus. "Wenn wir die Brachfläche nutzen wollen, dann braucht es jetzt die notwendigen Maßnahmen. Allein in Österreich könnten wir dadurch rund 9.000 ha mehr in die Produktion bringen. In Europa gibt es ein Potenzial von 4 Mio. ha", erklärte Köstinger. Insgesamt 20 EU-Mitgliedsstaaten unter Federführung von Österreich sprachen sich bei der Ratssitzung für eine EU-Eiweißstrategie aus. "Wir brauchen endlich eine EU-weite Eiweißstrategie, um bei Futtermitteln unabhängiger von Drittlandimporten zu werden", forderte Köstinger, die seit 2018 dieses Thema auf europäischer Ebene forciert und erst im vergangenen Dezember eine gemeinsame Initiative mit dem französischen Landwirtschaftsminister Julien Denormandie für eine EU-Eiweißstrategie startete.

Neben der Ausnahmeregelung zur Nutzung von Brachflächen könnten nach dem EU-Maßnahmenpaket Vorschusszahlungen von Direktzahlungen sowie flächen- und tierbezogenen Maßnahmen im Rahmen der Ländlichen Entwicklung, die Private Lagerhaltung von Schweinefleisch sowie eine Aktivierung der Krisenreserve im Rahmen der Gemeinsamen Marktordnung, die verstärkte Beobachtung der Agrarmärkte, insbesondere von Lebens- und Futtermitteln, sowie die Schaffung von Regeln zur Ermöglichung von staatlichen Beihilfen im aktuellen Kontext, insbesondere zur Produktion von pflanzlichem Eiweiß, kommen.

Der Krieg in der Ukraine hat gravierende Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherheit. Aktuell wird über den größten ukrainischen Seehafen in Odessa kein Getreide mehr exportiert. Zudem sind viele bäuerliche Betriebe in dem Land nicht in der Lage die Felder zu bestellen, weil Betriebsmittel, Maschinen und Arbeitskräfte fehlen oder Flächen sowie Infrastruktur zerstört oder besetzt sind. Dabei greifen russische Streitkräfte gezielt Agrarinfrastruktur an, um die Produktion zu verunmöglichen. Laut dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus werden bereits jetzt Ernteauffälle bis zu 60% der ukrainischen landwirtschaftlichen Produktion erwartet. Abhängig von den weiteren Kampfhandlungen kann es zu noch größeren Ausfällen kommen.

Dieser Produktionsrückgang wird nach aktuellen Einschätzungen zu enormen Verwerfungen führen und vor allem die Ernährungssicherheit in Nordafrika, aber auch im Nahen Osten gefährden. Ein Großteil des Getreides, das die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) einsetzt, kommt aus der Ukraine, und die aktuellen Ausfälle müssen kompensiert werden. "Der Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt einmal mehr die dringende Notwendigkeit, dass sich ein starkes Europa selbst mit Lebens- und Futtermitteln versorgen können muss. Ich fordere die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, das vorgelegte EU-Maßnahmenpaket sofort zu beschließen und umzusetzen. Wir müssen jetzt handeln, damit wir die Ausfälle in der Ukraine zumindest teilweise kompensieren können", appellierte Köstinger. (Schluss)

Bauernvertretung vorerst unzufrieden mit Entlastungspaket der Regierung

Moosbrugger: Klare Unterstützung zum Erhalt der Lebensmittelversorgung gefordert

Wien, 21. März 2022 (aiz.info). - "Das gestern vorgestellte Inflationspaket der Bundesregierung ist wichtig, um die Bevölkerung bei der Bewältigung der Kostensteigerungen zu unterstützen. Die für die Landwirtschaft vorgesehene 'Entlastung' liegt aber im Gegensatz zu anderen Sektoren noch völlig im Ungewissen und wird der prekären Lage der heimischen Bauernfamilien somit vorerst nicht gerecht", kritisiert der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**.

"Dieses Paket sorgt nicht für Klarheit und verkennt den Ernst der Lage, in der sich die heimischen Bauernfamilien zurzeit befinden. Gerade in einer Krise, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht für möglich gehalten haben, geht es um etwas ganz Zentrales wie die verlässliche und sichere Versorgung der heimischen Bevölkerung mit Lebensmitteln, nachhaltigen Rohstoffen und Energie", betont Moosbrugger.

Eigenversorgung bedeutet Sicherheit

"Das Durchschnittseinkommen der bäuerlichen Haushalte liegt seit Langem deutlich unter den Vergleichswerten anderer Berufsgruppen. Die massiven Steigerungen der Produktionskosten bedeuten für viele Familien eine massive Einkommenskürzung und reale Bedrohung ihrer Existenz. Viele unserer Bauernfamilien sehen sich nicht mehr imstande, die Kosten für Saatgut, Energie, Düngemittel, Pflanzenschutz, Tierarzt, Futtermittel und Investitionen in Maschinen und Geräte zu stemmen. Selbst wenn in einigen Sparten die Notierungen für landwirtschaftliche Rohstoffe derzeit steigen, decken diese die höheren Produktionskosten bei Weitem nicht ab. Niemand kann garantieren, ob und in welchem Ausmaß die publizierten Notierungen überhaupt bei den Bauern ankommen. Es besteht die reale Gefahr, dass noch mehr Betriebe mangels finanzieller Reserven die Produktion zur Gänze und für immer einstellen", warnt Moosbrugger. "Österreich läuft damit Gefahr, sich auch bei Lebensmitteln noch stärker von Importen abhängig zu machen. Corona und der Krieg in Europa führen uns jedoch vor Augen, welche entscheidender Sicherheitsfaktor eine stabile Eigenversorgung ist", so der LKÖ-Präsident.

Massive Senkung der Mineralölsteuer in der Landwirtschaft gefordert

"Eine massive Senkung der Mineralölsteuer in der Landwirtschaft ist zwingend erforderlich, weil die Kostensteigerung auf einem einzigen Hektar durchschnittlich zirka 350 Euro bedeutet. Das gilt umso mehr, als die österreichischen Bäuerinnen und Bauern schon bisher eine deutlich höhere Mineralölsteuer als viele ihrer europäischen Kollegen tragen müssen", betont Moosbrugger.

"Offenbar haben Teile der Bundesregierung ein ideologisches Problem mit der Senkung der Besteuerung von Treibstoffen für die Landwirtschaft. Sie verkennen allerdings die Tatsache, dass Bäuerinnen und Bauern nicht zum Spaß auf Feldern und Wiesen fahren, sondern weil sie Lebensmittel produzieren wollen", unterstreicht der LKÖ-Präsident. "Wer Versorgungssicherheit und Ernährungssouveränität für Österreich erreichen will, muss den Bauernfamilien die Möglichkeit geben, die Produktion aufrechtzuerhalten. In der aktuellen Krise braucht es eine klare Unterstützung zur Sicherung der Lebensmittelproduktion", hebt Moosbrugger hervor. (Schluss)

Solidarität zur europäischen Lebensmittelsicherheit gefordert

Schmiedtbauer/Bernhuber: Europäische Spielräume im Entlastungspaket nutzen

Wien, 21. März 2022 (aiz.info). - Die Europäische Union ist durch den Krieg in der Ukraine und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Folgen derzeit gefordert wie selten zuvor. Die Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln muss jetzt auf allen Ebenen Vorrang haben. So begrüßen die beiden Bauernbund-EU-Abgeordneten **Simone Schmiedtbauer** und **Alexander Bernhuber** das vergleichsweise rasche Handeln der österreichischen Bundesregierung gegenüber anderen Mitgliedstaaten zur Entlastung der Produktionskosten.

Ein Beispiel an anderen Ländern nehmen

"Die derzeit vorgeschlagene Entlastung durch die Absenkung der Mineralölsteuer in der Landwirtschaft nutzt aber bei Weitem noch nicht alle europarechtlichen Möglichkeiten aus", halten die beiden Europaabgeordneten Schmiedtbauer und Bernhuber fest. So gibt es in vielen anderen Ländern wie Frankreich oder Dänemark deutlich höhere Entlastungsmaßnahmen für die Lebensmittelproduktion.

"Nicht nur die Preise agrarischer Rohstoffe sind in den vergangenen Wochen eklatant gestiegen, sondern auch die Preise für Futtermittel, Dünger und Sprit haben noch nie da gewesene Höhen erreicht", führt Schmiedtbauer näher aus. Durch den Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland muss eine krisenresistente Versorgung mit Lebensmitteln sowie Solidarität mit den betroffenen Regionen sichergestellt werden, fordern die beiden Bauernbund-Abgeordneten. Bernhuber ergänzt dazu: "Wir müssen jetzt unsere Reserven in Europa nützen und so wieder für Stabilität auf den Märkten sorgen. Eine Anpassung der österreichischen Produktionskosten an andere europäische Länder ist dazu eine wichtige Grundvoraussetzung."

Versorgungsauftrag ernst nehmen

Schmiedtbauer und Bernhuber erläutern abschließend: "Unsere Bäuerinnen und Bauern sind der Garant für eine sichere europäische Lebensmittelversorgung. Und gerade daher braucht es jetzt eine spürbare Entlastung für unsere Landwirtschaft. Es sollte daher klar sein, dass wir alle europarechtlichen Spielräume nutzen sollten." (Schluss) - APA OTS 2022-03-21/10:03

Pflanzenschutz-Warndienst bringt 2022 wieder Entscheidungshilfen für Landwirte

Ermöglicht Pflanzenschutzmitteleinsatz gezielt und nur wenn notwendig

Wien, 21. März 2022 (aiz.info). - Der Pflanzenschutz-Warndienst ist in die neue Saison gestartet. Alle Vorbereitungen wurden rechtzeitig abgeschlossen. Auch in der Saison 2022 werden wieder hochqualitative und international anerkannte Monitorings (regelmäßige Beobachtungen direkt am Feld mittels Licht-, Pheromon- und Köderfallen) sowie Prognosemodelle (durch ein dichtes Netz an Wetterstationen und Messpunkten) für 64 Schaderreger, die wichtigsten Krankheiten und Schädlinge zur Verfügung gestellt, betont Projektleiterin **Vitore Shala-Mayrhofer** von der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich.

Die aus eigenen Beobachtungen sowie aus Prognosemodellen resultierenden Daten werden ausgewertet und in Form von Warnmeldungen den bäuerlichen Praktikern zeitnah auf www.warndienst.at zur Verfügung gestellt. Sie sind sowohl am PC als auch auf mobilen Endgeräten abrufbar.

Alle geplanten Monitorings und Prognosen, die in diesem Jahr auf warndienst.at österreichweit und kostenlos angeboten werden, sind in einem übersichtlichen Umsetzungszeitplan zu finden, den man auf www.aiz.info abrufen kann. Die Landwirte werden dadurch rechtzeitig über das Auftreten und die Ausbreitung von Schaderregern informiert sowie vorgewarnt und können nur bei Bedarf und Gefahr Gegenmaßnahmen setzen. (Schluss)

Köstinger: "Staatspreis Wald" zeichnet innovative Waldbewirtschaftung aus

Einreichungen bis 30. April möglich

Wien, 21. März 2022 (aiz.info). - Am 21. März ist Internationaler Tag des Waldes, der heuer gleichzeitig den Startschuss für die Einreichphase zum überarbeiteten und modernisierten "Staatspreis Wald" bildet. Prämiiert werden vorbildliche Initiativen der heimischen Waldbewirtschaftung in den Kategorien nachhaltige Waldbewirtschaftung, klimaangepasste Waldbewirtschaftung, Schutzwaldmanagement, Wald-Wild-Management, Innovation und Jugend. "Österreich ist ein Waldland. Unsere Wälder sind Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Erholungsraum für uns alle, aber vor allem auch Wirtschafts- und Arbeitsraum. Der Klimawandel, extreme Wetterverhältnisse und Schädlinge setzen unseren Wäldern immer mehr zu und stellen die Waldbewirtschaftenden und -bewirtschafteter vor große Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, die heimische Forstwirtschaft mit innovativen Strategien für die Zukunft zu rüsten", betont Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**.

Je nach Auszeichnungskategorie fokussiert der "Staatspreis Wald" Aspekte der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit sowie die wirtschaftliche Tragfähigkeit und Steigerung der Wertschöpfung. Die Beteiligung steht einem breiten Teilnehmerkreis offen und reicht von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Unternehmen (Start-ups etc.), Projektteams, wissenschaftlichen Einrichtungen bis hin zu Einzelpersonen oder Schulklassen. Für die Auswahl der Preisträger der einzelnen Auszeichnungskategorien agiert jeweils eine Fachjury, die sich aus anerkannten Experten aus Forschung und Praxis zusammensetzt. Die öffentliche Präsentation der ausgezeichneten Projekte und die feierliche Überreichung der Preise erfolgt im Rahmen einer Festveranstaltung im Herbst 2022. Einreichungen für den "Österreichischen Staatspreis Wald" sind bis 30. April 2022 unter www.staatspreis-wald.at möglich. (Schluss)

Bauernbund fordert Paket zur Lebensmittelversorgung

Strasser: Agrardiesel-Kostenausgleich ist notwendiger Schritt

Wien, 21. März 2022 (aiz.info). - "Mit dem gestern präsentierten Energiepaket soll auch die Land- und Forstwirtschaft mit einem Agrardiesel-Kostenausgleich entlastet werden. Die Details werden im Rahmen der europarechtlichen Möglichkeiten in den kommenden Tagen erarbeitet. Die Kompensation soll aufgrund von Pauschalwerten je Hektar und Bewirtschaftungsart erfolgen und vorerst bis 30. Juni 2023 befristet sein. Das ist ein dringend notwendiger Schritt. Um die Lebensmittelversorgung aufrechterhalten zu können, brauchen wir ein wirksames Maßnahmenpaket und einen konkreten Plan, wie wir die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs abfedern," betont Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**.

"In der Landwirtschaft beginnen dieser Tage die Arbeiten auf den Wiesen und Äckern. Die Bäuerinnen und Bauern stehen vor einer dramatischen finanziellen Situation. Jetzt geht es um die Frage, ob wir die Menschen weiterhin mit ausreichend Lebensmitteln versorgen können. Die Produktionskosten in der Land- und Forstwirtschaft explodieren. Jeder Cent, um den der Dieselpreis teurer wird, bringt einen zusätzlichen Kostendruck und eine deutliche Einkommenskürzung bei unseren Bäuerinnen und Bauern, so Strasser.

Weltweit warnen immer mehr Stimmen vor einer Nahrungsmittelkrise, denn die globale Rohstoffverfügbarkeit ändert sich aufgrund der fehlenden russischen und ukrainischen Exporte drastisch. Leere Regale sind derzeit die größte Sorge der Österreicher. "Düngemittel sind knapp, ohne diese könnten uns im Ackerbau Ernteeinbußen von bis zu 40% bevorstehen. Zudem ist die Land- und Forstwirtschaft abhängig von der Witterung. Schon jetzt ist es allerorts viel zu trocken. Wenn Tiere weiterhin in unseren Ställen stehen und die Felder jetzt bestellt werden sollen, braucht es Ausgleichsmaßnahmen in einem wirksamen Paket. Dieses Paket muss die Herausforderungen entlang der gesamten Lebensmittel-Wertschöpfungskette - vom Hof bis zum Teller - berücksichtigen", unterstreicht Strasser. (Schluss)

Agrarpolitiker: Entlastungspaket zielt an Landwirtschaft vorbei

Pernkopf: Versorgungssicherheit zum Nulltarif gibt es nicht

St. Pölten/Linz, 21. März 2022 (aiz.info). - "Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine wünschen sich aktuell 87% der Bevölkerung eine krisensichere Versorgung mit Lebensmitteln, mehr als drei Viertel setzen ihre Hoffnungen in eine funktionstüchtige, systemrelevante heimische Landwirtschaft. Doch eine Versorgungssicherheit zum Nulltarif gibt es nicht", stellen NÖ Bauernbund-Obmann **Stefan Pernkopf** und Direktor **Paul Nemecek** zum gestrigen Teuerungsgipfel der Bundesregierung fest. "Das aktuelle Entlastungspaket berücksichtigt die Bäuerinnen und Bauern und ihren täglichen Einsatz für regionale, frische Lebensmittel nicht einmal ansatzweise", kritisieren die beiden Agrarpolitiker.

Kostenexplosion auf Bauernhöfen

Die Produktionskosten bei Diesel, Dünger- und Futtermitteln haben sich mittlerweile verdoppelt bis verdreifacht. Ein durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb muss mit zusätzlichen Treibstoffkosten von 1.500 Euro kalkulieren. Die Entlastung beträgt lediglich 150 Euro. Andere EU-Länder, wie beispielsweise Frankreich, stellen ihren Landwirten viel höher dotierte Sonderpakete zur Verfügung. Österreich nutzt den von der EU eingeräumten Spielraum bei Entlastungen im Lebensmittelbereich keinesfalls ausreichend aus", schlagen Pernkopf und Nemecek Alarm. Der NÖ Bauernbund fordert die Bundesregierung daher auf, ein Versorgungssicherheitspaket zu schnüren.

Versorgungssicherheit in Verfassung verankern

"Neben einem Versorgungsbonus für die heimische Bauern und echten Entlastungen muss die Versorgungssicherheit nun in der Verfassung verankert werden. Die zentrale Grundaufgabe des Staates ist die Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger", sagen Pernkopf und Nemecek, die neben einer Lagerhaltung für Öl auch eine ebensolche für Gas sowie Pellets und für Lebensmittel einfordern. Ebenso müsse jeder Quadratmeter kostbaren Bodens für die Lebensmittelproduktion genützt werden, fordern sie ein Ende der Flächenstilllegungen ein. Energiepolitisch müssten nun besonders von den Grünen die ideologischen Scheuklappen fallen gelassen werden und endlich das Paket für den energieautarken Bauernhof sowie der Bio-Treibstoff E10 kommen. "Ideologie hat, wenn es um die Versorgungssicherheit Österreichs geht, nichts verloren", so Pernkopf und Nemecek.

Waldenberger fordert wirksames Signal für sichere Lebensmittelversorgung

Ähnlich argumentiert auch Oberösterreichs Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Franz Waldenberger**. "Im Hinblick auf die erwartete Zuspitzung der weltweiten Versorgungslage mit Lebensmitteln ist es gerade jetzt entscheidend, alle bäuerlichen Betriebe in der Produktion zu halten und bestehende Produktionspotenziale für Lebensmittel im vollen Umfang auszuschöpfen. Die im Rahmen des gestern präsentierten Energiepaketes für die Landwirtschaft vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen stellen eine wichtige Grundlage dafür dar, sind aber vorerst im Umfang völlig unzureichend, damit die bäuerlichen Familienbetriebe ihren Versorgungsauftrag bei Lebensmitteln und im Energiebereich weiter im vollen Umfang wahrnehmen können", so Waldenberger.

Agrardiesel-Rückerstattung im Zentrum

Wesentlicher Kern der Entlastungsmaßnahmen für die Landwirtschaft ist eine bis 30. Juni 2023 befristete pauschale Rückerstattung der Mineralölsteuer bei Agrardiesel. Diese soll ergänzend zu der im Rahmen der Ökosozialen Steuerreform vorgesehenen pauschalen Rückerstattung für die neue CO₂-Steuer gewährt werden. "Hier braucht es aber eine massive Senkung der Mineralölsteuer im EU-rechtlich maximal möglichen Umfang, da die Betriebe auch bei Mineraldünger und Futtermitteln mit exorbitant hohen Kostensteigerungen konfrontiert sind", argumentiert Waldenberger. Weiters sei bei der Elektrizitätsabgabe bis 30. Juni 2023 eine rund 90%ige Senkung vorgesehen. Damit würden die derzeit enormen Kostenbelastungen bei tierhaltenden Betrieben zumindest teilweise entschärft.

"Viele bäuerliche Betriebe tragen sich aktuell mit dem Gedanken, insbesondere die Tierhaltung einzustellen. Wir laufen damit Gefahr, die Lebensmitteleigenversorgung zu reduzieren und stärker von Importen abhängig zu werden. Das kann in der aktuell angespannten Situation aber keinesfalls im Interesse unserer Gesellschaft sein. Die Ernährungssouveränität muss aktuell und auch in Zukunft

absolute Priorität haben. Die Bäuerinnen und Bauern brauchen nun dringend wirksame Entlastungsschritte der öffentlichen Hand sowie positive Signale bei den Erzeugerpreisen", erklärt der OÖ LK-Präsident. (Schluss)

Geflügelwirtschaft warnt vor drohender Unterversorgung bei Eiern

Extrem steigende Kosten müssen zu Preisanpassungen führen

Wien, 21. März 2022 (aiz.info). - Die weitere Entwicklung hinsichtlich der Verfügbarkeit und der Preise von Futtermitteln und Energie für die Haltung von Geflügel ist zurzeit nicht kalkulierbar. Die Hauptkomponenten des Geflügelfutters haben sich besonders in den letzten Monaten extrem verteuert, andere Futterkomponenten für die Gesunderhaltung der Tiere sind am Markt zurzeit gar nicht erhältlich. Der zu lange, zu niedrige und nicht kostendeckende Auszahlungspreis bei Eiern und die wirtschaftliche Unsicherheit führen bei den Bäuerinnen und Bauern dazu, dass jetzt im Frühjahr vermehrt keine Junghennen bestellt werden. Andererseits wird hofeigenes Getreide an Getreidehändler verkauft. Das lässt in der Geflügelwirtschaft die Alarmglocken schrillen.

Die Zentrale Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Geflügelwirtschaft (ZAG) fordert die Handelspartner dringend dazu auf, endlich aufwandsgerechte Eierpreise zu bezahlen, den Tierhaltern damit Planungssicherheit zu geben und eine drohende Unterversorgung bei Eiern spätestens im Frühherbst abzuwenden. Von der Politik fordert die ZAG, angesichts der katastrophalen Situation gemeinsam mit der Geflügelwirtschaft an neuen, unkonventionellen Lösungen zur Sicherung der Versorgung mit heimischen Eiern zu arbeiten.

Versorgungssicherheit bei Eiern in Gefahr

Während laut AMA-Preismeldungen bei den meisten Lebensmitteln in den letzten zehn Jahren aufwandsgerechte Preissteigerungen im Handel umgesetzt werden konnten, werden Eier - trotz gestiegener Rohstoff- und Energiepreise - seit vielen Jahren fast zum gleichen Preis angeboten - für Konsumenten eine erfreuliche Situation, für Bäuerinnen und Bauern allerdings existenzbedrohend. Ein verringerter Eierabsatz während der Corona-Krise in der Gastronomie und nun die nicht mehr kalkulierbaren Futterpreise bringen die heimischen Geflügelhalter in eine bedrohliche Situation.

"Wir möchten die Österreicherinnen und Österreicher auch künftig mit hochwertigen Eiern versorgen, aber dazu braucht es jetzt bei unseren Partnern im Handel ausreichendes Verständnis für die extrem angespannte und dramatische Situation am inländischen und europäischen Eiermarkt. Wenn jetzt nicht rasch reagiert wird und die Preise für unsere Bäuerinnen und Bauern sowie für die Eierpackstellen sehr deutlich angehoben werden, dann ist die Versorgungssicherheit mit heimischen Eiern ab Herbst in großer Gefahr", zeigt sich ZAG-Obmann **Franz Karlhuber** besorgt.

Errungenschaften nicht aufs Spiel setzen

In den letzten 15 Jahren konnte die österreichische Geflügelwirtschaft auf herausragende Errungenschaften im Bereich des Tier- und Umweltschutzes sowie auch bei der Rückverfolgbarkeit und der Lebensmittelsicherheit verweisen. So ist Österreich das erste EU-Land, in dem die Käfighaltung zur Gänze abgeschafft wurde. Legehennen werden nicht nur mit gentechnikfreiem Futter gefüttert, sondern sogar mit Soja aus dem regionalen Nachhaltigkeitsprogramm Donau Soja. Eier müssen hierzulande schon im Vorraum des Stalles gekennzeichnet werden und sind über die Österreichische Eierdatenbank vom Verkaufsregal bis zum Hühnerhalter eindeutig zurückzuverfolgen. Durch laufende, intensive Schulungen der Tierhalter, verpflichtende Betreuungstierärzte und die zentrale Datenbank des bundesweiten Geflügelgesundheitsdienstes QGV wird die sorgsame Betreuung und Gesunderhaltung der Tiere sichergestellt.

"Wenn wir jetzt mit unseren Handelspartnern keine Übereinkunft über die Erhaltung der genannten Qualitätsstandards und eine entsprechende Entlohnung schaffen, dann riskieren wir nicht nur, viele heimische Betriebe zu verlieren, dann verlieren wir auch den Qualitätsvorsprung, den wir uns hart erarbeitet haben", warnt der Obmann der EZG Frischei, **Franz Kirchweger**.

Neu denken und unkonventionelle Lösungen suchen

"Vor dem Hintergrund der extrem angespannten Marktsituation fordern wir unsere Vertreter in der Politik auf, gemeinsam mit uns nach neuen und unkonventionellen Lösungen aus der Krise zu suchen. Nach dem Prinzip 'Teller-Trog-Tank' sollen gemäß dieser Prioritätenreihung auch die entsprechenden Maßnahmen zur Versorgungssicherheit geplant und umgesetzt werden. Die Vertreter der Geflügelwirtschaft sehen die Umlenkung von 20% des für die Biotreibstoff-Produktion in Österreich verbrauchten Getreides in ein Interventionslager als möglichen Teil einer Lösung. Weiters ersuchen wir die Politik um bilaterale Gespräche mit Regierungsvertretern, die innereuropäisch in den letzten Wochen aufgebauten Handelsbeschränkungen bei Getreide wieder aufzuheben und in Österreich ökologisch nicht sensible Freiflächen für den Anbau von Getreide freizugeben", so Kirchweger.

Große Lösungen gelingen nur gemeinsam

Seit 2010 bekennt sich der gesamte österreichische Lebensmittelhandel gemeinsam dazu, bei Frischeiern im Regal ausschließlich auf die hohen österreichischen Standards zu setzen. Davon profitieren die heimischen Konsumenten beim Eiereinkauf tagtäglich. "Österreichische Eier sind und bleiben auch in Zukunft sehr wertvolle und zugleich preiswerte Erzeugnisse. Kein Lebensmittel war in den letzten Jahrzehnten preislich so stabil wie das Ei. Der Zuchtfortschritt brachte höhere Legeleistungen bei besserer Futtermittelverwertung. So musste ein Arbeiter vor 100 Jahren zirka 20 Minuten arbeiten, um ein Ei kaufen zu können, während man heute 40 Sekunden für ein Ei arbeiten muss", gibt Karlhuber zu bedenken.

"Die österreichische Geflügelwirtschaft möchte auch weiterhin ein verlässlicher Partner des Handels bleiben. Um die Versorgungssicherheit mit Eiern in Österreich, aber auch um die bäuerlichen Familienbetriebe in ihrer Struktur zu erhalten, braucht es jetzt dringend gemeinsam abgestimmte Anstrengungen aller Teile der Wertschöpfungskette", sagt Karlhuber und lädt Handelspartner sowie Vertreter der Politik zu Gesprächen ein. (Schluss) - APA OTS 2022-03-21/11:57

LK OÖ: Eierversorgung bis Ostern sichergestellt

Preissteigerung von mindestens 5 Cent pro Ei notwendig

Linz, 21. März 2022 (aiz.info). - "Zumindest bis Ostern ist die Versorgung mit Frisch- und Färbeeiern in Österreich sichergestellt. Nach Ostern werden jedes Jahr saisonbedingt aufgrund des geringeren Eierbedarfs in den Sommermonaten sehr viele Herden ausgestallt. Anschließend werden die Stallungen gereinigt und nach zirka drei Wochen werden diese wieder mit jungen Legehennen belegt. Ob dann auch 2022 die Stallungen wieder im vollen Umfang belegt werden können, wird an der Verfügbarkeit von Legehennenfutter liegen und an der Möglichkeit, die enormen Kostensteigerungen in der Produktion an die Konsumenten weitergeben zu können. Gelingt es nicht, deutliche Preisanhebungen umzusetzen, werden viele Stallungen nach Ostern nicht mehr belegt", warnt **Franz Waldenberger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) OÖ.

Ukraine-Krieg wirkt sich auch auf Lebensmittelproduktion aus

"Der Krieg in der Ukraine, der Kornkammer Europas, hat natürlich auch direkte Auswirkungen auf unsere Lebensmittelerzeugung. Ob es 2022 Weizen, Mais, Sonnenblumen und Soja aus der Ukraine geben wird oder nicht, ist abhängig von der Entwicklung des Krieges. Da diese nicht abschätzbar ist, müssen Rohstoffe aus aller Welt zugekauft werden. Die Folge sind explodierende Futterpreise. Um Mehrkosten für Futter, Jungtiere, Energie, Personal, Reparaturen usw. ausgleichen zu können, sind deutliche Preissteigerungen erforderlich. Da es bereits 2021 nicht gelungen ist, die gestiegenen Kosten auf den Erzeugerpreis umzulegen, wird die Situation 2022 noch dramatischer werden", ist Waldenberger überzeugt.

"Die Geflügelwirtschaft ist zu einem hohen Maß auf Rohstoffimporte angewiesen, die zurzeit vor allem in Form von Donau Soja aus den Donauländern kommen. Kann die Versorgung mit Futtermitteln in den nächsten Monaten nicht im notwendigen Ausmaß sichergestellt werden, müssen bereits jetzt die Tierbestände reduziert werden. Das kann über längere Leerstehzeiten zwischen den Legeperioden oder durch verringerte Tierzahlen im Stall erfolgen", erläutert der LK-Präsident.

Flächenstilllegung aussetzen

"Es ist zu hinterfragen, ob wir uns in der EU eine 4%ige Flächenstilllegung in nächster Zeit noch leisten können. Die Landwirtschaftskammer OÖ sieht dringenden Bedarf, die Stilllegung auszusetzen, um die Versorgung mit Tierfutter zu sichern. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU von 2023 bis 2027 muss, bezogen auf Green Deal, Stilllegungen usw. im Lichte der neuen Entwicklungen punktuell neu diskutiert werden. Zurzeit werden alle Legehennen, die im Lebensmitteleinzelhandel verkauft werden, nur mit Donau Soja gefüttert. Es ist gut, dass mittlerweile die Bestimmungen insofern gelockert wurden, dass auch anderes EU-zertifiziertes, gentechnikfreies Soja in den Markenprogrammen eingesetzt werden kann", so Waldenberger.

ZAG: Erzeugerpreis muss um 5 Cent pro Ei steigen

"Die Legehennenhalter in Oberösterreich wollen auch in Zukunft ein verlässlicher Lieferpartner für Frischeier sein. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn die Mehrkosten in der Produktion abgegolten werden. 2021 haben besonders die Bodenhaltungsbetriebe mehr als 50% ihres Einkommens verloren. Grund dafür ist, dass die Eierpreise im Handel um 2 bis 3 Cent pro Ei angehoben wurden, davon wurden aber nur 0,75 Cent an die Bauern weitergegeben. 2021 sind auch die Futterkosten kräftig gestiegen, und die Legehennenhalter mussten die Zeche aus eigener Tasche bezahlen", berichtet **Franz Karlhuber**, Obmann der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Geflügelwirtschaft (ZAG).

"Um die Versorgungssicherheit bei den Eiern aufrechterhalten zu können, muss der Erzeugerpreis pro Ei in allen Haltungsstufen, also bei Boden-, Freiland- und Bio-Eiern, um mindestens 5 Cent ohne Mehrwertsteuer angehoben werden. Diese Erhöhung dient lediglich der Abgeltung der Mehrkosten bei den Erzeugerbetrieben von Anfang 2021 bis März 2022. Teuerungen bei den Eierpackstellen und beim Handel sind dabei noch nicht erfasst", erläutert Karlhuber.

"Eine Preissteigerung von 5 Cent pro Ei bedeutet für den Konsumenten, dass eine 10er-Packung um 50 Cent teurer wird. Rechnet man dies auf den Jahresverbrauch hoch, ergeben sich pro Konsument Zusatzkosten von rund 15 Euro. Diese Preisanhebung ermöglicht der Landwirtschaft nicht nur die Kostensteigerung abzufedern, sondern auch, so wie bisher, eine gentechnikfreie Fütterung. Auch die Beibehaltung der hohen österreichischen Tierschutzstandards wie größeres Platzangebot, kein Schnabelstutzen, hoher Freiland- und Bioanteil etc. könnten so sichergestellt werden. Steigen die Futterpreise in den Monaten weiter, so müssen weitere Preisanhebungen verhandelt werden", betont Karlhuber.

Geflügelwirtschaft will energieautark werden

Ein Drittel des österreichischen Geflügels darf auf die Weide. Um den Tieren bestmöglichen Schutz von Beutefreibern wie dem Habicht sowie genügend Beschattungsflächen zu geben, ist es notwendig, den Tieren natürliche Unterstände wie Bäume anzubieten. "Als künstliche Unterstände würden sich auch Photovoltaikanlagen eignen. Somit könnte eine Doppelnutzung der Flächen als Hühnerweide und für die Energiegewinnung erreicht werden", so Karlhuber. Die Geflügelwirtschaft habe sich mittelfristig das Ziel gesetzt, energieautark zu werden. Mit hohen Investitionen in Biomasseheizanlagen und dem umfangreichen Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Dächern und Hühnerweiden solle dieses Ziel erreicht werden. (Schluss)

Neumann-Hartberger: Hauswirtschaftliche Fähigkeiten tragen zu Nachhaltigkeitszielen bei

Bäuerinnen vermitteln Kindern aller Altersstufen die Effekte nachhaltiger Ernährung

Wien, 21. März 2022 (aiz.info). - "Mit Resilienz durch Krisen - Was Familien und Haushalte stark macht!" - unter diesem Motto weist der diesjährige Welthauswirtschaftstag am 21. März, eine Initiative der International Federation for Home Economics (IFHE), auf die große Bedeutung hauswirtschaftlichen Wissens für den Einzelnen ebenso wie für die Gesellschaft hin. Dies gilt umso mehr in den aktuellen Krisen (Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg), die uns vor neue, große

Herausforderungen stellen. "Dazu braucht es Wissen über hauswirtschaftliche Inhalte und darüber, dass man mit bewusster Ernährung mittels regionaler und saisonaler Produkte und deren genussvoller Zubereitung in mehrfacher Hinsicht zur eigenen Gesundheit, für Umwelt und Klima und damit zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele beiträgt", so Bundesbäuerin **Irene Neumann-Hartberger**. "Die theoretische und praktische Vermittlung von Kompetenzen zu Themen wie Nachhaltigkeit, Wohlbefinden und Resilienz sollte daher bereits in den schulischen Bildungsprogrammen verankert werden."

Mit ihren agrarpädagogischen Angeboten - Workshops in Schulen, Kochseminare, Supermarkteinsätze und auf Messen - erreichen die 315 österreichischen Seminarbäuerinnen jährlich mehr als 183.000 Menschen aller Altersstufen. "Bereits im Kindergartenalter braucht es Grundwissen, um mit der Zeit selbst Lebensmittelkompetenz entwickeln zu können", so Neumann-Hartberger. Dazu laden bundesweit 417 Bauernhöfe zum Besuch ein, um vor Ort heimische Produktionsmethoden erlebbar zu machen und die Neugierde zu wecken. Dieses Angebot wird jedes Jahr von über 140.000 Kindern und Jugendlichen genutzt.

Der Workshop "Mein Essen - meine Zukunft" für Schüler/-innen von zwölf bis 18 Jahren steigt tiefer in die Materie ein. Hier geht es um den Wert regionaler und saisonaler Erzeugnisse im globalen Vergleich sowie um das Wissen über ressourcenschonendes Haushalten durch richtige Lagerung und Haltbarkeitsregeln. Die Zubereitung und der Genuss nachhaltiger Speisen sollen dazu beitragen, den Lebensstil langfristig zu ändern. "Die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema nachhaltige Ernährung ist eine wesentliche Voraussetzung, um deren Zusammenhang mit Umweltschutz, Sozialverträglichkeit, Gesundheit, Wirtschaft und kulturellen Aspekten zu verstehen und in der Umsetzung Teil einer nachhaltigen Welt zu werden", betont die Bundesbäuerin abschließend. (Schluss)

proPellets Austria: Versorgung mit Pellets ist gesichert - Preise stabilisieren sich

Sieben neue Produktionsstätten für heuer geplant

Wien, 21. März 2022 (aiz.info). - Die Preise für Holzpellets haben sich nach einem Anstieg zu Jahresbeginn um rund 32% über dem Vorjahresniveau stabilisiert und sind im Vergleich zum Februar sogar zurückgegangen, wie aus einer aktuellen Auswertung von proPellets Austria, dem Branchenverband der österreichischen Pelletwirtschaft hervorgeht. Unverändert groß bleibe der Preisvorteil des heimischen Energieträgers gegenüber Öl und Gas. So koste Gas um 43% und Öl um 67% mehr als Pellets. Auch im internationalen Vergleich sind laut dem Verband Pellets in Österreich aktuell mit 306 Euro pro t deutlich günstiger als etwa in Deutschland (369 Euro pro t), der Schweiz (452 Euro pro t) oder Italien (460 Euro pro t). "Anders als bei Öl und Gas gibt es keine internationale Abhängigkeit, und die Versorgung ist durch massive Investitionen in modernste Pelletierwerke langfristig abgesichert. Wer auf Pellets setzt, setzt auf Nachhaltigkeit aus Österreich zu einem vergleichsweise günstigen Preis", unterstreicht **Christian Rakos**, Geschäftsführer von proPellets Austria.

Zwei Hauptursachen für die jüngsten Preissteigerungen macht proPellets Austria aus: Die Kosten der Pelletproduktion sind durch die enormen Preissteigerungen bei Industriestrom und hohe Preise von Holzspänen stark gestiegen. Dazu kam, dass Rekordverkäufe von Pelletheizungen in vielen

europäischen Ländern zu einem plötzlichen Anstieg der Nachfrage geführt haben, was in ganz Europa signifikante Preissteigerungen zur Folge hatte.

Nachhaltige Investitionen sichern Versorgung langfristig

Laut proPellets Austria wurden im Vorjahr in Österreich 1,6 Mio. t Pellets produziert. Die 164.000 heimischen Haushalte, die derzeit eine Pelletzentralheizung haben, sowie die 57.000 Haushalte, die einen Pelletkaminofen betreiben, haben insgesamt 1,2 Mio. t Pellets verbraucht, also deutlich weniger als im Inland produziert wurde. Im heurigen Jahr kommen zu den bestehenden 40 Pelletwerken sieben neue Produktionsstätten hinzu. In den nächsten beiden Jahren werden weitere Werke entstehen. Auch der Handel investiert in die Errichtung neuer Pelletlager sowie in zahlreiche neue Lieferfahrzeuge, heißt es. "Das bedeutet, dass es in Österreich mit Sicherheit auch bei stark steigenden Verkäufen von Pelletheizungen genügend Pellets geben wird", so Rakos. (Schluss)